

## **Der Weg der SPD von Franz Maget, MdL**

Fragen nach dem Zustand und der Zukunft der SPD, der ich vor genau 40 Jahren beigetreten bin, werden mir in letzter Zeit erschreckend oft gestellt. In welcher Verfassung wird die deutsche Sozialdemokratie in zwei Jahren ihr 150jähriges Partejubiläum als älteste und (einzige) traditionsreiche Partei dieses Landes begehen? Ist sie wirklich am Ende eines langen Weges angekommen, ist das Ende der Volksparteien insgesamt gekommen oder gibt es Hoffnung auf einen neuen Aufschwung?

### I.

Auf den ersten Blick ist die Zustandsanalyse niederschmetternd. Seit 1989 hat die SPD fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren (und ist jetzt unter 500 000 Mitglieder angelangt). Stellt man noch den Altersdurchschnitt der Mitgliedschaft in Rechnung (in Bayern 58 Jahre) ist das ein dramatischer Befund. Bei den letzten Bundestagswahlen fiel die SPD auf den historischen Tiefstand von 23 % der Wählerstimmen. Das ist nicht nur das schlechteste Ergebnis bei Bundestagswahlen seit Jahrzehnten, es ist auch die Halbierung des Ergebnisses von 1972, dem großen historischen Wahlerfolg von Willy Brandt.

Auf den zweiten Blick aber ist diese Entwicklung keineswegs eine deutsche Besonderheit und demzufolge auch kein aussagekräftiges Arbeitszeugnis für die SPD. Vielmehr befinden sich überall in Europa die Parteiengefüge in Auflösung und Zersplitterung zu Lasten der Volksparteien und insbesondere der Sozialdemokratie. Einige Beispiele:

- Würden heute in Österreich Parlamentswahlen stattfinden, würde jüngsten Meinungsumfragen zur Folge die oppositionelle populistische FPÖ erstmals stärkste Partei, übrigens mit einem dezidiert fremden- und europafeindlichen Programm. Bei den letzten Parlamentswahlen erreichte die SPÖ noch 29,3 %, die große Koalition aus SPÖ und ÖVP zusammen 55 %. 1990 waren es noch 42,8 %, 1979 sogar 51 %. Damals fielen auf SPÖ und ÖVP zusammen 92,9 %.
- In den Niederlanden endete die letzte Europawahl mit einem Triumph des Rechtspopulisten Geert Wilders. Bereits bei den Parlamentswahlen verdreifachte seine „Freiheitspartei“ (PVV) ihr Ergebnis auf 15,5 %. Die sozialdemokratische PvdA erreichte nur noch 19,6 %. Unter den legendären Ministerpräsidenten Joop den Uyl und Wim Kok waren es 1977 noch 33,8 % und 1989 31,9 %. Im niederländischen Parlament sind jetzt (bei 150 Sitzen) 10 Fraktionen vertreten.

- In Belgien verteilen sich (auch den ethnischen Konflikten geschuldet) seit den letzten Parlamentswahlen 100 Abgeordnete auf sage und schreibe 12 Fraktionen. Seit Juni 2010 kann dort keine Regierung mehr gebildet werden. Der Stimmenanteil der stärksten Partei liegt bei 17,4 %, die Sozialdemokraten erreichten noch 13 %.
- Im Schwedischen Reichstag sitzen seit der letzten Wahl acht Fraktionen. Zwar sind die Sozialdemokraten noch knapp die stärkste Fraktion, sie haben aber bei den letzten Wahlen 2010 nur noch 30,6 % erhalten. 2002 waren es noch 40,0 %. Die dominierende Kraft dort ist mittlerweile die „Moderate Sammlungspartei“ von Ministerpräsident Reinfeldt, die 2002 noch bei 15 % stand.
- In Italien hat sich das gesamte Parteiengefüge aufgelöst. 1994 verschwanden im Zusammenhang mit Korruptionsskandalen zuerst die mächtige Christdemokratische Partei (DC) und auch die sozialdemokratische PSI. Die eher sozialdemokratisch orientierte Kommunistische Partei PCI (1984 immerhin bei 33 % bei den Europawahlen und damit erstmals stärkste Partei Italiens) hat sich 1991 aufgelöst. Seither prägen Spaltungen, Neugründungen und populistische Bewegungen wie Forza Italia, Haus der Freiheit oder Lega Nord das Bild. Gegen die geradezu operettenhaft auftretende Regierung, deren Ministerpräsident Berlusconi in unseren Gefilden inhafiert wäre, agiert die Opposition hilflos.

Mit diesen Hinweisen soll nicht vom Thema abgelenkt werden, sondern vielmehr die erste Antwort auf die Krise, in der sich die SPD zweifellos befindet, gegeben werden. Die Sozialdemokratie muss endlich den europäischen Diskurs eröffnen und sich auf der Ebene der EU offensiv präsentieren. Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olof Palme, der junge Felipe González - wo sind die Matadore der europäischen Sozialdemokratie heute? Ich weiß es gibt sie. Der norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg zum Beispiel, oder die Vorsitzende der PS in Frankreich, Martine Aubry, Walter Veltroni aus Italien, der neue Labour Vorsitzende Ed Miliband aus Großbritannien. Wann ist jemals einer von ihnen in Deutschland aufgetreten?

Alle kämpfen an heimatlicher Front. Allein der wackere Martin Schulz hält als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament die Leute zusammen. Wie es scheint, kann er im nächsten Jahr sogar Präsident des Europaparlaments werden. Auf ihn zu hören, wäre schon ein Gewinn für die SPD.

Ohne Sozialdemokraten wird Europa nicht funktionieren. Bereits im Heidelberger Programm von 1925 wurde die Perspektive der „Vereinten Staaten von Europa“ formuliert. Das war damals

blanke Utopie. Heute muss uns klar sein, dass die europäische Integration das bestimmende politische Projekt unseres Kontinents und unserer Generation darstellt, das Frieden sichert und Wohlstand verspricht. Das gelingt aber nur dann, wenn Europa nicht bloß eine große Freihandelszone miteinander konkurrierender Nationalstaaten mit gemeinsamer Währung bleibt, sondern sich den Schritt zu einer politischen Union zutraut. Das wird nicht leicht durchzusetzen sein, aber es muss das Projekt der europäischen Sozialdemokratie werden. Dabei müssen wir deutlich machen, inwiefern sich ein soziales Europa von neoliberalen und konservativen Konzepten unterscheidet.

Aus dem Blick in die anderen europäischen Länder resultiert eine zweite zentrale Aufgabe für die Sozialdemokratie. Sie muss in Europa dem fremden- und europafeindlichen Rechtspopulismus entgegentreten, der überall Fuß gefasst hat. In Frankreich ist es eine Marine Le Pen, in Ungarn ein Ministerpräsident Orbán, in den Niederlanden Geert Wilders, in Österreich Karl-Heinz Strache oder in der Schweiz ein Christoph Blocher. Die Zustimmung zu diesen rechtspopulistischen Bewegungen ist erschreckend groß geworden. Ihr Treiben ist zu einer ernstzunehmenden Gefahr für Freiheit und Demokratie geworden. In Deutschland ist es noch nicht so weit. Aber der dringende Rat lautet dennoch: Seid wachsam, Genossen.

## II.

Der Aufsplitterung der Parteiensysteme in den europäischen Ländern liegt eine massive Veränderung in der Sozialstruktur moderner, europäischer Gesellschaften zugrunde:

- Die regionale und soziale Mobilität hat zugenommen.
- Individualisierung und Fragmentierung haben zugenommen, Gruppen- und Individualinteressen münden in Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen
- Die klassischen Wählermilieus sind abgeschmolzen (worunter auch Kirchen und Gewerkschaften leiden) und mit ihnen hat die Parteienbindung nachgelassen.
- Das untere Drittel der Gesellschaft wird von den Parteien kaum mehr erreicht.
- Die Kommunikations- und Informationswege haben sich durch die digitale Revolution komplett verschoben in Richtung Internet, soziale Netzwerke, etc.

In einer so radikalen Veränderung der Gesellschaften haben vor allem die klassischen Volksparteien an Bindungskraft verloren

und es haben sich Vielparteiensysteme herausgebildet, auf die wir uns dauerhaft einstellen müssen. Ein Aufstieg der SPD zu alter Größe (40%-Partei) ist daher nicht wahrscheinlich. Ziel muss es aber sein, eine strategische Mehrheitsposition in der linken Mitte des politischen Spektrums zu erreichen („Gegen die SPD und ihre politischen Ziele kann nicht regiert werden.“).

Wenn das Angebot an politischen Alternativen steigt, die Zahl der Parteien zunimmt und sich die festen, verlässlichen Wählermilieus auflösen, ist politisches Profil umso mehr gefragt. Dazu muss der Markenkern der SPD wieder gezielt herausgearbeitet und präsentiert werden.

Markenkern der Sozialdemokratie ist die soziale Gerechtigkeit, wird jeder sofort betonen. Das ist sicher richtig, aber zu kurz gesprungen. Die SPD hat ihre großen Erfolge nämlich immer dann erzielt, wenn die Wählerinnen und Wähler ihr zugleich zutrauten eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu organisieren. Die Verknüpfung von ökonomischem Erfolg mit der Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit bei der Verteilung des Wohlstandes ist das eigentliche, zentrale sozialdemokratische Zukunftsversprechen gewesen.

- Bei Helmut Schmidt wurde diese Verbindung von wirtschaftlicher Kompetenz und sozialer Gerechtigkeit im Wahlslogan „Modell Deutschland“ gebündelt. Damit gelang es ihm 1980 die soziale Marktwirtschaft in eine sozialdemokratische Botschaft zu stellen und Franz Josef Strauß zu trotzen.
- Gerhard Schröder hat 1998 mit der zentralen Botschaft „Innovation und Gerechtigkeit“ die SPD in Regierungsverantwortung zurückgebracht und dabei gezielt in die gesellschaftliche Mitte ausgegriffen („Der Kanzler der Mitte“).
- Der jüngste große Erfolg von Olaf Scholz in Hamburg bestand darin in einem 5-Parteien-Parlament die absolute Mehrheit zu erringen (davon kann die CSU heute nur träumen). Auch dies gelang auf dem Hintergrund der ihm zugewiesenen ökonomischen Kompetenz, verbunden mit pragmatischer Orientierung („Besser regieren.“)

In schmerzhafter Erinnerung ist mir die Wahlanalyse von Infratest dimap zur Bayerischen Landtagswahl 2008. Die Wahlforscher haben uns mitgeteilt, dass unser Wahlkampf nicht schlecht war, unsere politischen Themen sogar gut transportiert wurden und meine Sympathiepunkte als Spitzenkandidat hoch waren, uns aber leider nicht zugetraut wurde ein so großes und wirtschaftlich starkes Land wie Bayern erfolgreich zu regieren. Im Kern wurde uns also genau die ökonomische Kompetenz abgesprochen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat jetzt einen ihrer besten Leute, der zugleich Vorsitzender eines großen Sozialverbandes ist, mit dem Amt des Wirtschaftssprechers betraut. Das ist der richtige Weg.

Inhaltliche Hinweise, wie wir wieder wirtschaftliche Kompetenz erlangen können, liegen seit Jahren auf dem Tisch. Bereits 1986 stellte Kanzlerkandidat Johannes Rau zwei Botschaften in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes: „Versöhnen statt spalten – für Gerechtigkeit statt Egoismus“ und „Ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft“. Letzteres ist das zentrale Thema, das die SPD gegenwärtig besetzen muss. In der üblichen Kurzatmigkeit und Sprunghaftigkeit hat die Sozialdemokratie dieses Schlüsselthema in der Vergangenheit schon wieder aufgegeben, noch ehe es zu Ende gedacht war.

Heute ist diese Fragestellung von brennender Aktualität: Wie gelingt es Deutschland als industriellen Standort zu sichern, ihn ökologisch neu auszurichten und in Zeiten des globalisierten Wettbewerbes sozial auszugestalten. Für wahr eine Herkulesaufgabe, aber genau sie trifft den Markenkern der Sozialdemokratie.

Die Energiepolitik gehört ganz wesentlich zu diesem Thema. Es sollte niemand bedauern, dass die Union in der Energiepolitik eine 180-Grad-Wende eingeleitet hat. Zwar ist uns damit ein Wahlkampfthema weitgehend abhanden gekommen, aber die Neuorientierung von CDU und CSU lässt jegliche Glaubwürdigkeit vermissen. Letztlich ging es ihr nur um den Versuch eine ganze Serie krachender Wahlniederlagen wie in Baden-Württemberg bereits geschehen, abzuwenden und eine Restchance auf den Machterhalt in Berlin zu wahren. Die SPD kann dagegen darauf verweisen ihre Position voll inhaltlich durchgesetzt zu haben. Jetzt kommt es darauf an die großen Chancen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zu nutzen. Das ist kein grün-ökologisches Thema, sondern Kernbestandteil sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

### III.

Die Forschung nach den Ursachen für die Krise der SPD bezieht die oben genannte europäische Dimension leider nur selten mit ein. Stattdessen wird als Hauptursache die Bilanz der Regierungstätigkeit von Gerhard Schröder („Agenda 2010“) angeführt. Sicherlich hat diese zu hohen Wählerverlusten insbesondere im gewerkschaftlich orientierten Stammpublicum und zu einem Verlust an sozialpolitischer Glaubwürdigkeit geführt.

Der SPD als Partei hat die Agendapolitik massiv geschadet (ebenso wie die „Rente mit 67“). Zweifellos hat sie auch so-

ziale Härten bei Arbeitslosen und anderen Bevölkerungsgruppen ausgelöst. Aber hat sie nicht auch einen Beitrag dazu geleistet die verlorengegangene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft in eindrucksvoller Weise zurückzulangen? Ist es wirklich klug, das derzeitige Wirtschaftswachstum und den Rückgang an Arbeitslosen Angela Merkel als Erfolg zu überlassen, wenn er eigentlich der SPD gehört?

Allzu oft, so scheint mir, wird die Diskussion über die Bewertung der eigenen Regierungstätigkeit in der SPD vor allem dazu missbraucht innerparteiliche Positionskämpfe auszutragen. Das hat dazu geführt, dass kaum ein SPD-Ortsvereinsvorsitzender in der Lage ist fünf oder sechs Erfolge sozialdemokratischer Regierungstätigkeit zu benennen, ihm aber sofort die doppelte Anzahl vermeintlich kapitaler Fehler einfallen. Das damit die Zustimmung zu unserer Politik und die Wertschätzung unserer Partei nicht steigen dürfte, liegt aus der Hand. Außerdem gibt diese selbstbezogene und auf die deutsche Innenpolitik fokussierte Debatte null Antworten auf die Frage, warum die Sozialdemokratie in ganz Europa in ähnlichen oder sogar noch größeren Schwierigkeiten steckt wie in Deutschland.

Wem diese Einlassungen zur Agendapolitik von Gerhard Schröder und ihren Folgewirkungen zu salopp erscheinen, der sei beruhigt. Es stimmt: Deutschland hat ein gewaltiges Gerechtigkeitsdefizit. Die Spaltung zwischen Arm und Reich in unserem Land ist unerträglich groß und leider auch in den Zeiten unserer eigenen Regierungsverantwortung größer geworden.

Daraus ergibt sich, dass selbstverständlich das sozialpolitische Profil der SPD wieder deutlicher werden muss. Ohne das Gerechtigkeitssthema kann die SPD nicht auferstehen. Allerdings darf es eben nicht isoliert im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit definiert, sondern muss mit wirtschaftlichem Erfolg verbunden werden.

Ich plädiere dafür einen zeitgemäßen Entwurf einer „anständigen Gesellschaft“ (decent society) zu entwickeln.

#### IV.

Eine anständige Gesellschaft ist keine moralische Kategorie, sondern beinhaltet materielle und sehr konkrete politische Zielsetzungen. Sie nimmt die traditionellen Grundwerte der Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auf (die unser dauerhaftes Wertefundament bilden) und stellt sie in einen aktuellen Zusammenhang. Sie wendet sich gegen die Spaltung der Gesellschaft, gegen Ausgrenzung und Marginalisierung.

Die Alltagsarbeit der Sozialdemokraten im Hamsterrad zerfällt normalerweise in Einzelprojekte und kleinteiliges Agieren. „Die anständige Gesellschaft“ zeichnet aber ein komplettes Bild eines gerechten und solidarischen Landes. Es beinhaltet eine Politik

- gegen weitere Ausuferung von prekären Arbeitsverhältnissen und Leih- und Zeitarbeit, für einen gesetzlichen Mindestlohn;
- gegen eine Zwei-Klassen-Medizin, für eine solidarische Bürgerversicherung;
- für einen kostenfreien Zugang zu den Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Hochschule und für gerechte Bildungschancen, die nicht von der sozialen Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern abhängen.

Diese Politik orientiert sich an den wahren Leistungsträgern unserer Gesellschaft: An den Familien, an den Krankenschwestern, Facharbeitern, Handwerkern, Sachbearbeitern, Erziehern, Technikern (jeweils männlich und weiblich) usw., usw. Sie sind die Stützen der Gesellschaft. Sie tragen die Hauptlast der Steuern, sind fleißig, achten die Gesetze, kümmern sich um ihre Kinder (und wenn es gut geht auch um ihre pflegebedürftigen Eltern), finanzieren das Studium ihrer Kinder, trennen den Müll und sind häufig noch ehrenamtlich engagiert (Für diese Menschen ist eine Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge wichtiger als eine flat tax á la Kirchhof, die überdurchschnittlich die höchsten Einkommen entlastet).

Kurz und gut: Auf sie kommt es an und sie sollen gerade der SPD besonders wichtig sein.

Eine anständige Gesellschaft fällt nicht vom Himmel, vielmehr setzt sie den handlungsfähigen Staat voraus. Einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten. Die Masse der Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass öffentliche Güter und gute Infrastruktur bereitgestellt werden. Dieses Staatsverständnis ist der Gegenentwurf zur Ideologie der Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung.

Zum handlungsfähigen Staat gehört insbesondere eine gerechte Steuerpolitik, die die Einführung einer Vermögenssteuer beinhaltet (die als reine Ländersteuer als Ersatz für Studiengebühren und zur Finanzierung der Bildungs-Infrastruktur dienen könnte). Ebenso ist ein (stärkerer) Beitrag des Finanzkapitals zur Finanzierung des Gemeinwohls notwendig, entweder in Form einer Finanztransaktionssteuer oder höherer Kapitalbesteuerung.

Besonderes Merkmal dieses Gesellschaftsbildes ist ein öffentlicher Sektor, der die wichtigsten öffentlichen Güter dem privaten Gewinnstreben entzieht und in gemeinwirtschaftlicher, genossenschaftlicher oder öffentlicher Verantwortung bereitstellt. Dazu gehört das Trinkwasser ebenso wie der öffentliche Personenverkehr, kommunale Stadtwerke, Sparkassen und kommunale Wohnungsunternehmen.

## V.

Die SPD muss eine besonders traditionsbewusste Partei bleiben, die gewiss nicht jede modische Wendung mitmacht. Sie muss aber immer Anschluss haben an die kulturelle Höhe der Zeit. Dazu benötigt sie dringend mehr Öffnung und größere Offenheit in der politischen Diskussion, (so wie 1959 bei der Verabschiedung des Godesberger Programms, damals mit dem Motto „Geh mit der Zeit, geh mit der SPD“):

- Wo bleiben die offenen Debatten über die großen Themen wie die Folgen der Globalisierung oder der demographischen Entwicklung?
- Warum gibt es keine Debatte über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den christlichen Kirchen (eine Diskussion, die in kleinen Grüppchen oder selbst ernannten Arbeitskreisen geführt wird, aber leider nicht auf einem großen Parteitag) oder zum Islam?
- Wie geht die SPD um mit den neu sich herausbildenden postmateriellen Milieus vor allem in den Städten und den Wohlstandsregionen?
- Warum finden die Debatten über das so genannte bedingungslose Grundeinkommen oder die uneingeschränkte Zugänglichkeit des Internets allesamt außerhalb der SPD statt?
- Warum gibt es keine ehrliche Diskussion über die Notwendigkeit, aber auch die Folgen und möglicherweise Grenzen der Zuwanderung und die Probleme, die unsere Gesellschaft erkennbar bei der Integration von Migrantinnen und Migranten hat.

Der Sozialhistoriker Karsten Rudolph hat leider recht, wenn er sarkastisch feststellt, dass Thilo Sarrazin „der einzige Sozialdemokrat ist, der eine landesweite politische Debatte auslösen konnte, dies mit einer rechtspopulistischen Alarmschrift, deren harte Kost an pseudowissenschaftlichen Befunden 14 Auflagen überstieg, über eine Million Leser erreichte und die Stammtische ebenso wie das Akademikerpublikum erregte.“



Immerhin hat auch Peer Steinbrücks Buch „Unterm Strich“ eine hohe Auflage erreicht. Wo aber bleibt die spannende Debatte innerhalb der SPD. Auf Parteitagen findet sie aus Angst vor öffentlicher Aufmerksamkeit (sic!) gewiss nicht statt. Dort werden lediglich (in langen Sitzungen von Antragskommissionen glatt gebürstete) Formelkompromisse beschworen.

Die SPD muss sich also wieder das freie, offene Wort trauen. Wer eine Meinung vertreten möchte, die nicht dem entspricht was in kleinen jakobinischen Führungszirkeln ausgebrütet wurde, gehört belobigt und nicht an den Pranger gestellt. Die „Gremienwahrheit“ muss nämlich nicht zwangsläufig die richtige sein.

Freimut und Offenheit sind das Salz in der Suppe der Demokratie und müssen wieder das Wesenselement der Sozialdemokratischen Partei werden. Man kann Oskar Lafontaine und Wolfgang Clement mit einiger Berechtigung für eitle, ältere Herren halten. Dass wir aber beide nicht mehr in unseren Reihen haben, befriedigt mich nicht. Ich halte es für einen Verlust an Breite und Lebendigkeit in unserer Partei.

## VI.

Mühsam werden derzeit Wege ausgelotet, um die SPD wieder lebendiger und attraktiver zu machen. Mitgliederbefragungen und sogar öffentliche Vorwahlen werden ins Auge gefasst. Ich rate dazu solche Vorschläge nicht gleich reflexartig abzubügeln, sondern ernsthaft zu prüfen. Damit sind kein Sittenverfall und auch keine antisozialistische Verschwörung verbunden.

Die französischen Sozialisten wollen im Herbst ihren Präsidentschaftskandidaten in einem offenen Vorwahl-Prozess bestimmen und dann auf einem Parteitag nominieren. Unsere italienische Schwesterpartei PD hat ihren ehemaligen Vorsitzenden bereits auf die gleiche Weise gekürt.

Das Ziel, das mit derartigen Initiativen verfolgt wird, ist jedenfalls ehrbar: Die gute alte Sozialdemokratie wieder attraktiver und interessanter zu machen, die gesellschaftliche Diskussion stärker in die Partei hineinzuholen und die Vorstellungen der SPD wieder besser in der Gesellschaft zu verankern.

Die Mitgliedschaft der Partei wird dadurch nicht entwertet. Im Gegenteil. Wenn die SPD insgesamt wieder interessanter wird und an Zustimmung gewinnt, dann wird dadurch auch die Mitgliedschaft in ihr wieder wertvoller. Den Kurs der Partei, ihre Programmatik und ihre Ziele zu diskutieren und festzulegen, bleibt ohnehin das exklusive Recht ihrer Mitglieder. Wenn das

spannender wird, haben die aktiven Mitglieder am meisten vom Prozess der Öffnung gewonnen.

## VII.

Jeder weiß, dass die Bedeutung der Personen in der Politik immer mehr zunimmt. Inhaltliche Themen kann man in unserer Medienwelt nicht mehr hinlänglich besetzen und transportieren, wenn man sie nicht mit geeigneten Köpfen verbinden kann. Die Entscheidung der Landtagsfraktion die drei Schwerpunktthemen mit den dafür geeigneten Namen zu belegen, ist deshalb nur folgerichtig.

Die SPD muss bei der Auswahl ihres politischen Personals aufmerksamer sein. Neben der politischen Zuverlässigkeit muss auch inhaltliche Kompetenz und Sachwissen gefordert werden. Innerparteiliche Auswahlkriterien (langjährige Mitgliedschaft, Engagement im Ortsverein, Ablehnung der Agenda 2010...) reichen nicht aus und machen noch lange keine(n) gute(n) Abgeordnete(n). Zunehmend wird fachliche Kompetenz notwendig, aber auch kommunikative Fähigkeiten und die Bereitschaft zum Dialog mit den Bürgern.

Ich plädiere dafür, auch einen Leistungsnachweis für Abgeordnete vorzusehen. Die Wahlergebnisse und die Zustimmung bei der Bevölkerung müssen ein hartes Auswahlkriterium sein. Es darf keinesfalls dabei bleiben, dass innerparteiliche (Gremien-)präsenz höher bewertet wird als Beliebtheit im eigenen Stimmkreis.

Ein ernsthafter Diskurs darüber sollte tunlichst rechtzeitig vor den nächsten Wahlen beginnen.

Juli 2011